

21.11.2022

## Eilantrag

der Fraktion der SPD

### **NRW muss sich im Vermittlungsausschuss für das Bürgergeld einsetzen!**

#### **I. Ausgangslage**

Ab Mittwoch, den 23. November 2022, 19:00 Uhr, tagt der Vermittlungsausschuss zum sogenannten Bürgergeld. Der Bild am Sonntag hat der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, jedoch noch am Sonntag, 20. November 2022 gesagt, dass eine schnelle Einigung bis zur Sitzung des Bundesrates am 25. November 2022 wünschenswert wäre – wahrscheinlich sei dies allerdings nicht<sup>1</sup>.

Der Termin zur Beratung des Bürgergeldes im Vermittlungsausschuss am 23. November um 19.00 Uhr war erst nach dem Ablauf der Frist für die Einreichung von ordentlichen Anträgen für das kommende Plenum bekannt gemacht worden. Daher konnte hierzu kein ordentlicher Antrag eingereicht werden. Der Termin war erst bekannt durch die Einladung des Vermittlungsausschusses. Der Eilantrag ist dringlich, da eine Befassung im Plenum im Dezember nach der Anrufung des Vermittlungsausschusses am Mittwoch und der geplanten Bundesratssitzung an diesem Freitag liegt. Mit der Aussage des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Thorsten Frei wird nun kurz vor Beginn des Vermittlungsausschusses deutlich, dass eine Einigung auf Seiten der CDU für unwahrscheinlich gehalten wird. Es ist zu befürchten, dass die Union ihre Blockadepolitik fortsetzt. Deswegen ist es wichtig, dass der Landtag NRW durch Beschluss des Eilantrages die Blockade des Bürgergeldes durch die CDU durchbricht und so diese wichtige Sozialstaatsreform am Freitag im Bundesrat beschlossen werden kann.

Das Bürgergeld wurde auch wegen des Abstimmungsverhaltens von NRW im Bundesrat bisher verhindert. Der oder die Vertreter/in von NRW im Vermittlungsausschuss muss sich ab Mittwoch für das Bürgergeld einsetzen. Es braucht jetzt eine schnelle Einigung, damit das Bürgergeld schon am kommenden Freitag in der nächsten Sitzung des Bundesrates beschlossen werden kann. Die aktuellen Äußerungen lassen jedoch befürchten, dass die Union sich weiter gegen das Bürgergeld und damit gegen die verbundenen Hilfen stellt. Diese Blockade würde dazu führen, dass zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger nicht ab Januar 2023 von den Erhöhungen und den Neuregelungen profitieren können. Auch in NRW sind die Menschen wegen der aktuellen Krise auf Hilfe angewiesen. Der Krieg in Russland hat eine historisch hohe Inflation und eine Energiekostenkrise zur Folge. Deshalb muss NRW seine bisherige Blockade beenden.

---

<sup>1</sup> <https://www.Bild.de/politik/inland/politik-inland/streit-um-buergergeld-es-geht-vor-allem-um-macht-81997592.bild.html>

Auch die NRW-Koalition von CDU und BÜNDNIS 90/Die Grünen hat sich in der Abstimmung enthalten und damit dafür gesorgt, dass das Bürgergeld nicht die notwendige Mehrheit fand<sup>2</sup>. Hätte NRW für das Bürgergeld gestimmt, dann wäre die notwendige Mehrheit von 35 Stimmen erzielt worden. NRW hat das Bürgergeld verhindert, obwohl BÜNDNIS 90/Die Grünen sich für das Bürgergeld ausgesprochen hat, sich aber gegen die NRW-CDU nicht durchsetzen konnte<sup>3</sup>.

Nachdem der Bundesrat mit „Nein“ gegen das Bürgergeld gestimmt und die so wichtige Sozialreform gestoppt hat, hat die Bundesregierung verlangt, dass das Gremium aus Bundesrat und Deutschem Bundestag gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes einzuberufen ist. Der Vermittlungsausschuss soll dazu am Mittwoch, 23. November 2022, im Bundesratsgebäude ab 19:00 Uhr zusammentreten.

Die 16 Mitglieder des Bundestages und die 16 Vertreter der Bundesländer haben jetzt die Aufgabe, zwischen Bundestag und Bundesrat einen Konsens zu finden. Nach Artikel 77 Abs. 2 Satz 3 GG sind die in diesen Ausschuss entsandten Mitglieder des Bundesrates zudem nicht an Weisungen gebunden, sondern nur ihrem Gewissen unterworfen.

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil hat betont, dass bei gutem Willen aller Beteiligten ein Kompromiss gefunden werden könne und bei der nächsten Bundesratssitzung am 25. November 2022 das Bürgergeld und die damit verbundenen Hilfen beschlossen werden könnten. Weiter sagte Bundesminister Heil: "In diesen Zeiten, in denen viele Menschen verunsichert sind, darf nicht parteipolitisches Handeln uns prägen, sondern es geht um vernünftige Lösungen für unser Land." Zentral sei es, "dass Arbeitslose wieder in Arbeit kämen"<sup>4</sup>.

## II. Der Landtag stellt fest:

- Die Zeit drängt! Der Bundesrat muss in seiner nächsten regulären Sitzung am Freitag dieser Woche einen Kompromiss verabschieden. Nur so kann eine rechtzeitige Auszahlung der Erhöhung der Regelsätze in der Grundsicherung zum Jahresanfang gesichert werden.
- Die vom Bundestag vorgeschlagene Reform ist richtig, weil:
  - sie dafür sorgt, dass Arbeitslose leichter in den Arbeitsmarkt vermittelt werden können, weil das Gesetz ein Mehr bei Qualifizierung und Weiterbildung vorsieht.
  - es richtig ist, dass die monatlichen Zahlungen erhöht werden, damit die Menschen zukünftig mehr zum Leben haben.
  - es Hürden abbaut und die Anspruchsberechtigten mehr unterstützt, womit mehr soziale Teilhabe ermöglicht wird.
  - es höchste Zeit für diese richtige Korrektur in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist.
  - so für Millionen Menschen in einer großen Krise mehr Sicherheiten und neue Perspektiven geschaffen werden

---

<sup>2</sup> <https://www.Zdf.de/nachrichten/politik/bundesrat-buergergeld-abstimmung-100.html>

<sup>3</sup> <https://twitter.com/gruenenrw/status/1592177372924588032>

<sup>4</sup> <https://www.Handelsblatt.com/dpa/heil-setzt-auf-schneile-vermittlungsverfahren-zum-buergergeld/28808308.html>

- der Geist dieser Reform ein Ausdruck von Respekt und Würde gegenüber den Menschen ist, die das Bürgergeld beziehen.
- das Gesetz das Risiko verhindert zu verarmen, weil der von der Ampel vorgelegte Gesetzentwurf in den ersten zwei Jahren die Wohnung und ein deutlich höheres Vermögen schützt und somit als einen Ausdruck von Respekt das bisher Erarbeitete besser schützt.
- die Reform gerecht ist, da auch weiterhin derjenige, der arbeitet mehr in der Tasche hat und sich arbeiten lohnt.

### III. Der Landtag beschließt:

- Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dass sich der/die Vertreter/in des Landes im Vermittlungsausschuss für eine konstruktive Lösung einsetzt.
- Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dass der/die Vertreter/in des Landes im Vermittlungsausschuss nicht die von der Union angekündigte weitere Blockade unterstützt.
- Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dass sich der/die Vertreter/in des Landes im Vermittlungsausschuss dafür einsetzt, dass das Bürgergeld bereits am kommenden Freitag im Bundesrat verabschiedet werden kann.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Lisa Kapteinat  
Lena Teschlade

und Fraktion